



Integration jetzt!

Wir wollen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern



Die Botschaft ist offenbar bei vielen politischen Akteuren angekommen: So nötig ein sicherer Rechtsrahmen für die Flüchtlingspolitik auch ist - allein ist er keine hinreichende Bedingungen für eine sinnvolle Integration. Deshalb traf die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion in der dritten kommunalen Flüchtlingskonferenz den Nagel auf dem Kopf: Integration jetzt!

Das wissen auch SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung, die den bundesweit ersten Integrationsplan in die parlamentarische Beratung gegeben haben. Gleichzeitig fordern die kommunalen Spitzenverbände mehr Anstrengungen zur Integration von Bund und Ländern.

Mit über 20-Seiten ist das Konzept des Landes ein Beweis dafür, dass Sozialdemokraten die Dimension der Herausforderung verstanden haben. Es ist gleichermaßen ein Anstoß, die eigenen kommunalen Weichenstellungen zu überprüfen. Auch die Spitzenverbände vermitteln mit Best-Practise-Beispielen zahlreiche Handlungsempfehlungen.

Nachdem die SPD mit dem ersten Asylpaket die dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge durchgesetzt hat, ist die Pauschale des Landes auf

10.000 Euro erhöht worden. Die Leistungen stiegen von 1,37 Milliarden Euro auf rund 1,95 Milliarden Euro. Landtag und Landesregierung sind hierbei davon ausgegangen, dass sich zum 1. Januar 2016 in den NRW-Kommunen rund 181.000 Flüchtlinge aufhalten würden. Zusätzlich erstattet das Land in diesem Jahr erstmals den Kommunen auch Kosten für rund 13.600 geduldete Personen. Doch ist bereits klar, dass die Zahl höher liegt: „Wir rechnen damit, dass die Zahl der Flüchtlinge in den Kommunen sich zum Stichtag 1. Januar 2016 auf rund 200.000 Flüchtlinge erhöhen wird“, so Kommunalminister Ralf Jäger.

Nicht hilfreich war die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge „über's Land“. Kleine und mittlere Kommunen wurden von der Arnsberger Bezirksregierung deutlich stärker in die Verantwortung genommen als die Großstädte. Solche Flanken sollte die Landesregierung der weitgehend konzeptionslosen CDU im Land nicht bieten und im Rahmen der Revision auch deutlich korrigieren.

Denn bei aller Anstrengung des Landes - ohne zusätzliche Hilfen des Bundes ist die Aufgabe nicht zu bewältigen: „Die Kommunen organisieren die Integration, Berlin muss Hindernisse aus dem Weg räumen und Geld geben“, forderte

deshalb auch Sigmar Gabriel in der Kommunalkonferenz und bekräftigte die Haltung der SPD in den Parlamenten.

Doch Gabriel will mehr. Mit der Forderung nach einem sozialen Investitionsprogramm hat er auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Blick. Das Schlimmste sei eine Gesellschaft, die sich spalte - und sich ein Satz in die Mitte der Gesellschaft fresse: „Für die Flüchtlinge tut ihr alles, für uns nichts“. Die Rechten seien Spaltpilz, der dieses Empfinden verstärke. Er forderte deshalb die von der SPD geplante Solidarrente, das Bundesteilhabegesetz (Inklusion von Behinderten) und die Begrenzung von Leiharbeit dringend voranzutreiben. „Nur Worte werden die Skeptiker nicht überzeugen, wir müssen zeigen, dass sich Arbeit und Bildung lohnen“, betont Gabriel.

Die Union verschweigt der Gesellschaft bisher die Kosten für Sprachförderung, Integrationskurse, Kitaversorgung, Schulplätze, Wohnungsbau und zusätzliche Polizeistellen, mindestens verweigert sie weitere konkrete Hilfen, wie jüngst auch in einem „Brandbrief“ - so dramatisiert dieser Verband gerne - des Städte- und Gemeindebundes an die Kanzlerin deutlich wird.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn wir in diesen Tagen die Medien verfolgen, können wir den Eindruck bekommen, dass es derzeit nur ein politisches Thema gibt. Aber ob man es glaubt oder nicht: Es gibt im Moment eine ganze Vielzahl von politischen Herausforderungen über das Flüchtlingsthema hinaus. Und: Auch das wundert uns nicht wirklich - viele der Herausforderungen betreffen insbesondere die kommunale



Foto: Stadt Gelsenkirchen | Carin Moritz

Ebene. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, bezahlbarer Wohnraum, sozialer Arbeitsmarkt, Stadterneuerung, Zukunftsperspektiven für Stadtwerke, Verkehrsinfrastruktur - um nur wenige Beispiele zu nennen, diese Auflistung ließe sich jedoch beliebig verlängern.

Vielleicht geht es Euch ähnlich wie mir? Wenn wir uns das Geschilderte vor Augen halten, stelle ich mir die Frage, ob wirklich die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen das zentrale Problem dieser Gesellschaft ist oder ob uns die Flüchtlinge nicht lediglich stellvertretend eine ungute Entwicklung vor Augen

führen - nämlich, dass etwas staatlich und gesellschaftlich aus dem Lot zu geraten droht! Und müssen nicht wir als Kommunalos den Mut aufbringen, an dieser Stelle für nötige Veränderung einzutreten. Ich möchte nämlich nicht, dass die

verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu einer bloßen Worthülse reduziert wird. Ich möchte nicht, dass Gewerbesteuern im Wesentlichen nur noch von Handwerksbetrieben aufgebracht werden. Ich möchte nicht, dass die Energiewende vor allem nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden benachteiligt.

Ich möchte nicht, dass der gesellschaftliche Kitt bröckelt und ebenso wenig möchte ich, dass Menschen langfristig vom Arbeitsmarkt oder Qualifizierungsmöglichkeiten abgekoppelt werden. Dabei wird es für uns darauf ankommen, dass wir tatkräftige Mitstreiter mobilisieren - aber auch Abgeordnete in Berlin oder Düsseldorf leben ja meist in einer Kommune!

Glückauf!

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen

Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive

Von **Dr. Barbara Hendricks**, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Es ist nicht lange her, da hielten wir unsere Städte – mehr oder weniger – für gebaut. Wir haben über Stadtflucht gesprochen, das Einfamilienhaus im Grünen und Wohnungsleerstand in den Städten. Das ist heute anders.

Viele Großstädte erleben einen neuen Boom. Die Menschen sind angezogen von ihrem Flair, ihrem kulturellen Angebot und ihrer guten Infrastruktur. Das hat erhebliche Folgen. In Münster sind die Mieten im Zeitraum von 2009 bis 2014 durchschnittlich um 4,2 Prozent im Jahr gestiegen. In Düsseldorf um jährlich 3,7 Prozent. Dort müssen Mieterinnen und Mieter im Durchschnitt mittlerweile über 9 Euro pro Quadratmeter bezahlen. Vielen Haushalten wachsen diese Steigerungen über den Kopf. Deshalb hat die Bundesregierung das Wohngeld zum 1. Januar 2016 erhöht. Davon haben insgesamt 870.000 Haushalte profitiert. Wir haben außerdem die Mietpreismbremse und das Bestellerprinzip bei der Bezahlung von Wohnungsmaklern eingeführt.

Schon seit einigen Jahren wird der Wohnraum in vielen Städten knapp. Die geflüchteten Menschen, die momentan zu uns kommen, werden den Bedarf an neuen Wohnungen noch einmal erhöhen. Ein großer Teil dieser Menschen wird auf Dauer bei uns bleiben. Für die SPD in der Bundesregierung ist klar: Der Staat muss sich jetzt um optimale Rahmenbedingungen kümmern, damit Integration gelingen kann. Wir brauchen bezahlbaren und guten Wohnraum – für alle Menschen, die in Deutschland leben. Und wir müssen die Nachbarschaften und Quartiere stärken, Integrationsangebote schaffen und Netzwerke der Solidarität unterstützen.

Wir brauchen deshalb eine Wohnungsbauoffensive in Deutschland. Wir müssen den Werkzeugkoffer der Politik öffnen, damit das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erhöht wird. Das heißt erstens: Wir müssen den frei finanzierten Mietwohnungsmarkt ankurbeln. Wir wollen befristet auf drei Jahre den Neubau von Mietwohnungen auf angespannten Wohnungsmärkten steuerlich fördern. Ge-

rade beraten Bundestag und Bundesrat über dieses Vorhaben.

Zweitens müssen wir Bauland zur Verfügung stellen. Der Bund ist hier bereits mit seinen Liegenschaften in Vorleistung getreten. Jetzt müssen insbesondere die Kommunen zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen.

Drittens brauchen wir eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Die Politik hatte sich aus der Förderung bezahlbaren Wohnraumes zurückgezogen. An vielen Orten sinkt die Anzahl der Sozialwohnungen. Diesen Trend müssen wir umkehren. Städte leben von der Vielfalt an Biographien und Zukunftsentwürfen genauso wie von der sozialen und ethnischen Vielfalt. Wir wollen keine Ghettoisierung, weder am oberen noch am unteren Ende der Einkommensskala. Der Bund hat deshalb bereits die Zuweisungen für den sozialen Wohnungsbau an die Länder auf über eine Milliarde Euro pro Jahr verdoppelt. Ich setze mich in den beginnenden Haushaltsverhandlungen für eine weitere deutliche Aufstockung ein.

Alle Baumaßnahmen werden nur erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig in die soziale Stadtentwicklung investieren. Städte sind nicht nur Klinker und Beton. Sie sind ein Spiegel der Gesellschaft. Sie leben von solidarischen Nachbarschaften und lebenswerten Quartieren. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ fördern wir nicht nur die städtebauliche Aufwertung benachteiligter Quartiere. Wir fördern die Menschen direkt, zum Beispiel beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Eine der ersten Maßnahmen, die ich als Bauministerin getroffen habe, war die Aufwertung unseres Programms „Soziale Stadt“. Im Angesicht der Auf-



© Iqssedesignen - Fotolia

gabe, viele Menschen zusätzlich zu integrieren, müssen wir aber noch mehr tun. Ich setze mich dafür ein, seitens des Bundes zusätzlich 300 Millionen Euro jährlich in die soziale Stadtentwicklung zu investieren. Diese Mittel sollen vor allem in die Stärkung der sozialen Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Integration sowie in das Quartiersmanagement und die Unterstützung von Initiativen vor Ort fließen. Mittel, die wir zur Flankierung der Wohnungsbauoffensive dringend brauchen, damit Integration vor Ort gelingen kann.

Fortsetzung von Seite 1

Integration jetzt!

Wir wollen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern

Exemplarisch dafür ist die Haltung von Finanzminister Schäuble, der die SPD-Forderung nach stärkerer Unterstützung breiter Schichten der Bevölkerung als „erbarmungswürdig“ denunzierte. „Für Herrn Schäuble scheint die ‚Schwarze Null‘ wichtiger zu sein als die Bedürfnisse der Menschen“, kritisieren zu Recht viele Kommentatoren. Denn: finanzieller Spielraum ist auf der Bundesebene durchaus noch vorhanden und kein seriöser Ökonom bezweifelt die Richtigkeit, in einer solchen Notlage weiter zu investieren.



um die Kosten tragen zu können.

Die Aufgaben in der Flüchtlingspolitik des Jahres 2016 liegen klar auf der Hand:

- Auf internationaler Ebene müssen die Fluchtursachen bekämpft, in die Fluchtprävention investiert und die Europäischen Außengrenzen gesichert werden. Keine Abschottung in Europa, sondern Flüchtlingskontingente, weil die Schließung nationaler Grenzen weder wünschenswert ist noch funktionieren wird.
- Das zwischen der Bundesregierung und den Ländern verabschiedete Integrationskonzept muss zeitnah verabschiedet und mit konkreten Mitteln ausgestattet werden.
- Die Integrationsaufgaben entlang der Kette der frühkindlichen Erziehung über Sprache, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt müssen konkret beziffert und finanzielle unterlegt werden.
- Die Kommunen brauchen eine weitere Integrationspauschale,

■ Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, muss die Zivilgesellschaft unterstützt werden, angefangen von der Förderung des Ehrenamtes bis zur politischen Bildung und dem Kampf gegen den Rechtsextremismus, ein wichtiges Feld.

■ Es ist zwingend erforderlich, dass der Bund die Unterstützung der Kommunen bei der weiteren Wahrnehmung ihrer sozialen Aufgaben fortsetzt. Die vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) durch den Bund gehört dabei an die erste Stelle. Das Bundesteilhabegesetz ist dafür ebenso ein weiteres Beispiel wie die Unterstützung eines sozialen Arbeitsmarktes.

Doch leider verschließen CDU und CSU – wie beim Mindestlohn und Leiharbeit – die Augen vor sozialen Problemen und überlassen der SPD die konkrete Aufgabe: Darüber sollten Sozialdemokraten in der Gesellschaft sprechen!

SGK-Intern

Landesvorstand tagt zur Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

In der Februar-Sitzung des SGK-Landesvorstandes informierte Gunter Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik vor dem Hintergrund der anhaltenden Flüchtlingszuwanderung.



Für NRW.

Integration braucht Investition

Von **Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW



Willkommenskultur darf sich nicht in einer freundlichen Begrüßung erschöpfen. Echte Willkommenskultur erweist sich, wenn auch der röhrende Bagger in der Nachbarschaft willkommen geheißen wird und wir tatsächlich bereit sind, im Quartier enger zusammenzurücken.

Wir brauchen für die Menschen, die angesichts fortwährender Gewalt in ihren Heimatländern längerfristig in Nordrhein-Westfalen bleiben, reguläre Wohnungen. Die Unterbringung in provisorischen Sammelunterkünften darf keine Dauerlösung bleiben. Integration gelingt nur, wenn die Geflüchteten ein neues Zuhause in den Gemeinden und Stadtquartieren unseres Landes finden.

80.000 neue Wohnungen jährlich

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt aber nicht nur

durch den Zuzug der Flüchtlinge. Aus aktuellen demografischen Daten wissen wir, dass in NRW aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung – ohne die Flüchtlinge – der Neubau von rund 280.000 neuen Wohnungen bis 2020 erforderlich ist. Insgesamt müssen wir über alle Preissegmente hinweg eine massive Steigerung der Wohnungsbautätigkeit in Nordrhein-Westfalen erreichen – von derzeit 50.000 auf rund 80.000 neue Wohnungen jedes Jahr. Die verstärkte Mobilisierung von Leerstand ist dabei schon berücksichtigt.

Verdichtung offensiv diskutieren

Für viele Städte und Gemeinden unseres Landes heißt das: Stadtplanung und Wohnungspolitik müssen neu gedacht werden. Vollerorts gilt es, die einseitige Ausrichtung auf Ein- und Zweifamilienhäuser zu überdenken. Der eindeutige Schwerpunkt muss künftig im bezahlbaren Geschosswohnungsbau liegen. Besonders in großen Städten müssen wir offensiv über Verdichtungsmöglichkeiten und Geschosshöhen diskutieren. Ich begrüße daher den Vorstoß von Bundesbauministerin Barbara Hendricks für einen neuen Baugebietstyp „Urbanes Gebiet“, in dem das Bauplanungs- und das

Immissionsschutzrecht besser aufeinander abgestimmt und flexibilisiert werden. Damit können wir den Kommunen mehr Spielraum für lokal angepasste Lösungen zur Erschließung zusätzlichen Baulands in urbanen Räumen geben.

Standorte regional entwickeln

In den besonders stark wachsenden Ballungszentren kann soziale Wohnungspolitik ohne eine intensive regionale Zusammenarbeit nicht mehr gelingen. Weder die großen Städte im Rheinland noch Münster oder Bielefeld werden in der Lage sein, die sprunghaft steigende Wohnungsnachfrage in so kurzer Zeit allein innerhalb ihrer Stadtgrenzen zu decken. Staatssekretär Michael von der Mühlen hat daher den Kommunen in diesen Regionen angeboten, gemeinsam mit den Kommunen sowie den Landes- und Regionalplanungsbehörden, Regionalkonferenzen durchzuführen, um auch mit Unterstützung des Bauministeriums den vorhandenen Flächenbedarf und das Angebot sowie konkrete Standortentwicklungspotentiale zu identifizieren und neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zu entwickeln. Dieser Vorschlag ist bei vielen Städten und Regionen sehr positiv aufgenommen

worden und die Konferenzen werden nun konkret geplant.

Soziale Mischung statt Gettos

Selbstverständlich muss jede Verdichtung und auch jede neue Standortentwicklung berücksichtigen, dass nicht nur neue Wohnungen, sondern beispielsweise auch Schulen, Kindertagesstätten, Handel und eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur benötigt werden. Wir wollen keine Gettos, sondern lebendige sozial und kulturell gemischte Quartiere, in denen sich Einheimische wie Zugewanderte wohl fühlen und gemeinsam in guter Nachbarschaft zusammenleben können.

Bagger müssen rollen

Ich erlebe, dass die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land nach wie vor ungebrochen ist. Keine Kommune in Deutschland wäre ohne den Einsatz der unzähligen ehrenamtlich Engagierten den aktuellen Herausforderungen gewachsen. Doch so wichtig diese Arbeit ist: Integration braucht auch Investition in Steine und Beton, in bezahlbare Wohnungen für die Menschen. Deshalb muss auch der rollende Bagger in der Nachbarschaft willkommen sein.

Wohnungsnot vermeiden, Wohnungsbauoffensive unterstützen!

Von **Werner Kindsmüller**, Direktor bei der NRW.BANK*

Die Wohnungsbaupolitik tritt wieder ins Zentrum der kommunalen Sozialpolitik. Seit 2012 wächst Nordrhein-Westfalen erneut – hauptsächlich durch Wanderungsgewinne.

Dieser Trend wird sich nach aktuellen Berechnungen von IT.NRW bis zur Mitte der 2040er Jahre fortsetzen. Der Zuzug von Flüchtlingen verstärkt die Entwicklung in den nächsten Jahren, auch wenn dieser nicht dafür ursächlich ist. Bis 2020 werden in unserem Bundesland 400.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Auf Grundlage von Berechnungen von IT.NRW vom Januar 2016 wird die Zahl der Haushalte bis 2040 entlang der Rheinschneie (Köln + 20% und Düsseldorf + 16%), aber auch in Städten wie Münster (+16%) sowie den Kreisen Paderborn (+13%), Gütersloh (+12%) sowie Steinfurt und Kleve (+ je 11%), deutlich zunehmen.

Köln benötigt auf Grund dieser Zahlen bereits bis 2020 insgesamt ca. 50.000 neue Wohnungen.

Wenn es nicht gelingt, ausreichenden und auch für die unteren und mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, werden wir schon bald eine dramatische Verschärfung der Wohnungsnot in vielen Städten erleben. Um dies zu vermeiden, müssen auf kommunaler Ebene gleichzeitig mehrere Instrumente eingesetzt werden:



■ In den Hot-Spots am Rhein und den Universitätsstädten brauchen wir eine Renaissance der Stadtentwicklungspolitik. Mancherorts wird wohl über neue Stadtteile und die Überplanung vorhandener nachgedacht werden müssen. Die Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus muss verbunden werden mit der Verkehrsplanung und dem Ausbau von Schulen und Kindergärten.

■ Insbesondere an der Rheinschneie müssen die Städte und Kreise die bisherigen Ansätze einer gemeinsamen Bodenpolitik und Infrastrukturplanung dringend intensivieren. Städte wie Köln und Düsseldorf werden ihren Wohnungsbedarf nicht ohne die Nachbarn decken können.

■ Der soziale Mietwohnungsbau muss ausgeweitet werden, damit die Mieten bezahlbar bleiben. Die Bedingungen für

Investoren sind durch die Tilgungsnachlässe und demnächst die Sonderabschreibungen so attraktiv wie schon lange nicht mehr.

Fazit:

Eine Wohnungsbauoffensive, wie sie Minister Michael Groschek (s. *Die Kommune 1/2016*) gestartet hat, bedarf der Unterstützung der Kommunen. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung.

**Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wieder*

Weitere Informationen zu den Förderprogrammen der NRW-Bank unter www.nrwbank.de



Best-Practice

Gelsenkirchen: Schievenfeldsiedlung

Von **Harald Förster**, Geschäftsführer der ggw - gelsenkirchener gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbh



Die im Jahre 1915 erbaute Schievenfeldsiedlung ist eine ehemalige Bergarbeitersiedlung und befindet sich im Stadtteil Gelsenkirchen-Erle. Der besondere Wert der Siedlung besteht in ihren unterschiedlichen Straßenräumen – sie umfasst eine Allee, einen zentralen Platz, einen Anger und ist vom Wechsel von ein- und zweigeschossig bebauten Straßen geprägt. Über ein Hektar baumbestandene Grünfläche umgibt das Quartier und auch zwischen den Häusern findet sich viel alter Baumbestand.

Die Schievenfeldsiedlung besteht aus 97 Gebäuden mit 321 Wohnungen, die zum Teil mit öffentlichen Mitteln errichtet wurden. Teile der Siedlung stehen heute unter Denkmalschutz. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen

45 und 110 m². Die lokale Infrastruktur bietet mehrere Schulen, Kitas, ein Krankenhaus und gute Verkehrsanbindungen. Die Veltins Arena, das Sportparadies und das Kinocenter im Berger Feld befinden sich ebenso in der Nähe wie ein breit gefächertes Einkaufsangebot in der nahegelegenen Buerschen City.

Die Siedlung ist allerdings in die Jahre gekommen und sanierungsbedürftig. Fehlende energetische Ausstattung und Balkone, optische Mängel und die nicht mehr zeitgemäßen Grundrisse vieler Wohnungen erschweren die Vermietung. Zudem sind die Hauseingänge nicht barrierefrei erreichbar. Die Leerstandsquote liegt daher bei 5 Prozent.

Um das Quartier nachhaltig aufzuwerten, sollen nun bauliche Barrieren reduziert und die Häuser energetisch saniert werden, zudem soll das Wohnumfeld verbessert werden.

Im Einzelnen werden dafür u.a. Kelleraußenwände trockengelegt, Fensteranlagen erneuert, schwellenlose Wärmedämmtüren eingebaut sowie die Kellerdecken und obersten Geschossdecken gedämmt. Ein modernes Blockheizkraftwerk auf Holzpelletbasis soll künftig eine effiziente Wärmeversorgung mit sicherstellen. Wo es sich technisch ermöglichen lässt, werden Balkone angebracht. Al-



le Maßnahmen werden passend zum jeweiligen Gebäude ausgewählt und umgesetzt.

Das Wohnumfeld wird verbessert, indem die Außenanlagen – vor allem der zentrale Quartiersplatz – neu und barrierefrei gestaltet werden. Die Wegebeziehungen werden zum Teil überarbeitet, das Stellplatzkonzept

optimiert und verkehrsberuhigte Anliegerstraßen eingerichtet. Neue und vorhandene Stellplätze werden eingegrünt. Schließlich wird in der Siedlung eine zeitgemäße digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die Investitionssumme beträgt nach aktuellem Planungsstand rund 24 Millionen Euro.

Quartierbewohner, Zahlen und Struktur	■ Stark überalterte Mieterstruktur
Zielsetzung	■ Umfassende Modernisierung der Siedlung zur Sicherung der Vermietbarkeit
Wesentliche Bausteine objektbezogen	■ Energetische Modernisierung (Trockenlegung der Keller, Einbau neuer Fenster/ Türen, Dämmung von Keller und oberster Geschossdecke, Aufbau Nahwärmeversorgung mit zentralem BHKW auf Holzpelletbasis ■ Abbau von Barrieren an Hauseingängen ■ Aufbau einer digitalen Infrastruktur ■ z.T. Balkonanbau
Wesentliche Bausteine quartiersbezogen	■ Verkehrsberuhigung der Anliegerstraße ■ Abbau von Barrieren in Freiflächen ■ Mehr Aufenthaltsqualität, generationsübergreifende Spiel- und Bewegungszonen ■ Zusätzliche Stellplätze und Eingrünung der vorhandenen Stellplatzanlagen ■ Quartiersplatz zum zentralen Ort um- und neugestalten ■ Beleuchtung der Wege ■ Erstellung Baumkonzept
Investitionsvolumen	■ 24 Millionen Euro

Best-Practice

Projekt: „Azubiwohnen“ in Düsseldorf

Von **Sigrid Wolf**, DGB-Stadtverbandsvorsitzende Düsseldorf



DGB setzt sich für ein Auszubildendenwohnheim in Düsseldorf ein, denn bezahlbarer Wohnraum ist in Düsseldorf knapp. Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene ist das Leben in einer eigenen Wohnung fast nicht bezahlbar. Besonders gravierend ist die Situation für Auszubildende. Mehr als 7.500 junge Menschen in Ausbildung pendeln jeden Tag aus dem Umland in die Landeshauptstadt, da sie mit ihrer Auszubildendenvergütung oft noch nicht einmal die Miete in Düsseldorf bezahlen könnten.

zu überlassen. Darüber hinaus gibt es viele Jugendliche, die weit ab von ihrem Wohn- und Ausbildungsort ihren Berufsschulunterricht in Schulblöcken absolvieren. Nur wenige Berufskollegen verfügen über angeschlossene Internate. Dadurch stehen Jugendliche vor dem Problem, für wenige Wochen, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Die Lösung für diese Probleme bieten Auszubildendenwohn-

heime. Durch eine sozialpädagogische Betreuung, ist es den Wohnheimen möglich minderjährige Jugendliche aufzunehmen und diese bei Bedarf im Verlauf ihrer Ausbildung in Problemlagen zu unterstützen. Wichtig ist hier ein gut durchdachtes Konzept, dass auf der einen Seite den Jugendschutz beachtet ohne auf der anderen Seite die Freiheit der Jugendlichen zu beschneiden, insbesondere der nicht volljährigen Auszubildenden.



Als ersten Schritt zur Entstehung von Auszubildendenwohnheimen in Düsseldorf darf die Aufforderung des Lenkungskreises der „Taskforce für Arbeit“, bestehend aus Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, an die Stadt gewertet werden, Auszubildendenwohnheim einzurichten. Aus dem Rat und der Verwaltung wurde dieser Vorstoß positiv aufgenommen, zum Teil auch als Bestätigung der bisherigen politischen Arbeit gewertet. Der Wohnungsausschuss der Landeshauptstadt

wird im Frühjahr ein in der Umsetzung befindliches Projekt in Hamburg besichtigen, um sich dieses erfolgreiche Modell näher anzusehen. Es bleibt zu hoffen, dass trotz des stoischen Festhaltens an der „Schuldenfreiheit“ Düsseldorfs schnell eine Lösung der Wohnungsfrage für Jugendliche in Ausbildung gefunden wird. Die Gewerkschaften und insbesondere die Gewerkschaftsjugend werden den politischen Prozess kritisch begleiten und unterstützen, sowie dafür sorgen, dass dieses Thema auf der politischen Tagesordnung bleibt.



Best-Practice

In Wuppertal wohnen Studierende im preisgekrönten Experiment

Von **Andreas Mucke**, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal.



Studentenwohnheim – mit diesem Begriff verbinden die meisten große, langweilige Einheitsblöcke außerhalb gewachsener Quartiere, altmodisch, unattraktiv, die Zimmer klein mit langen Fluren und Gemeinschaftsduschen. Dass das heute auch völlig anders geht, beweisen innovative Neubauten an zahlreichen Universitätsstandorten.



Ein ganz besonderer ist in Wuppertal zu besichtigen: Hier wohnen Studierende in einem vielfach preisgekrönten, experimentellen Wohnungsbau, der seit seiner Fertigstellung im Oktober 2012 einen Architekturpreis nach dem anderen abräumt.

Dabei war die Aufgabe für die Architekten des Wuppertaler „Architektur Contor Müller Schlüter“ im Auftrag des Wuppertaler Hochschulsozialwerks eine echte Herausforderung: ein Grundstück, das aufgrund der typischen Wuppertal Topografie mit ihren steilen Hanglagen eigentlich als unbebaubar galt, dazu höchste Ansprüche an nachhaltiges und energieeffizientes Bauen, attraktive Architektur, möglichst umfassende Barrierefreiheit und zeitgemäße flexible Raumprogramme. Das alles floss im experimentellen Wohnungsbau „Im Ostesiepen“ in den Entwurf einer dreiteiligen Wohnanlage, in der 84 Studierende in 6er-WGs, Einzel- und Doppelappartements wohnen. Durch ihre moderne architektonische Ästhetik fällt sie von weitem ins Auge. Aber das Besondere steckt hinter dem ausgefallenen Design. Die drei mit viel Glas durchbrochenen Würfel sind nicht nur von außen grün: Es sind zertifizierte Passivhäuser; ausgeklügelte Dämmung und Technik sorgen auch bei ausgeschalteter Heizung für warme Zimmer. Trotz dieser hohen Qualität werden Wohnungen zu Warmmieten von höchstens 245 Euro angeboten.

Architektur: Architektur Contor Müller Schlüter, Wuppertal
Foto: Tomas Riehle



Experimenteller Wohnungsbau Ostesiepen in Wuppertal, ausgezeichnet bei der „Auszeichnung vorbildlicher Bauten in NRW 2015“.

Unterstützt wurde der Vorzeigebau im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durch das Land Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 3,1 Millionen Euro bei Baukosten von 6,5 Millionen Euro. Wo zurzeit Studierende wohnen, können später auch Familien oder Senioren ein Zuhause finden. Das wurde möglich, weil die Grundrisse der Wohnungen so variabel sind, dass sie ohne großen Aufwand später als „Sozialwohnungen“ genutzt werden können, sollte der Bedarf an Studentenwohnungen einmal abnehmen.

Entscheidend für die Wohnqualität der heutigen und der künftigen Bewohner: Die Anlage ist ganz in ihr Umfeld integriert. Sie verbindet die umliegenden Standorte der Bergischen Universität, die sich mit rund 21.000 Studierenden großen Zuspruchs erfreut und stetig expandiert, mit dem Quartier der Elberfelder Südstadt und der Innenstadt und schafft so einen stadträumlichen Mehrwert. Die Studenten wohnen also mitten im Quartier – und damit ist auch bau-

lich deutlich: Die Uni ist Teil unserer Stadt.

Die gestalterischen Leistungen und die besonders nachhaltige Bauweise dieses experimentellen Wohnheimbaus bestätigt eine hochrangige Riege von Architekturpreisen: der „BMW-Preis „Architektur und Energie – energieoptimiertes Bauen 2011“, der „Deutsche Holzbaupreis 2013“, der „Deutsche Bauherrenpreis 2013/14“ und der Preis „Vorbildliches Bauwerk in Nordrhein-Westfalen 2015“. Damit ist die Studentenwohnanlage Oster-



siepen ein gelungenes Beispiel für besondere Architektur, von der Wuppertal noch einiges mehr zu bieten hat.

Best-Practice Bochum will bauen!

Von **Thomas Eiskirch**, Oberbürgermeister der Stadt Bochum

Bochum ist die 16. größte Stadt Deutschlands, die familiäre Großstadt mitten im Ruhrgebiet und mit über 55.000 Studenten der zweitgrößte Hochschulstandort in Nordrhein-Westfalen. Eine junge Stadt, in der man gut alt werden kann. Genau das muss Wohnraum in Bochum bieten. Wer hier ist, muss hier bleiben können. Und wer herkommt, muss Raum finden können um zu bleiben!



Bochum braucht neuen und attraktiven Wohnraum!

In den letzten Monaten kommt dem Thema „Wohnen“ eine besondere Bedeutung zu. Laut aktuellen Schätzungen müssen in Bochum in den kommenden Jahren rund 400 bis 650 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden. Nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs ist ein deutlich gegenläufiger Trend, nicht nur, aber auch wegen des Zuzugs von Flüchtlingen, zu verzeichnen. Die Zahlen schwanken, aber der Bedarf ist deutlich und es ist höchste Zeit zu handeln. Und zwar jetzt!

Mit dem neuen „Handlungskonzept Wohnen“ werden die Ziele und Leitlinien der Bochumer Wohnungspolitik dargestellt und beschreiben die Handlungsprogramme zu Neubauvorhaben, Bestandsmaßnahmen, zur Quartiersentwicklung und Profilierung des Wohnstandortes. Doch trotz modularen Aufbaus des Konzeptes wird die sorgfältige Erarbeitung Zeit beanspruchen; Zeit, die wir für ein Sofortprogramm für preisgünstigen Wohnungsbau nutzen werden.

Erster Baustein: aktiv auf die Investoren und Akteure des Wohnungsmarktes zu. Die wahren Spezialisten des Wohnungsbaus, Architekten, Wohnungsbauunternehmen, Privatinvestoren und Finanzinstitute sind zur ersten Investorenkonferenz in der Jahrhunderthalle Bochum eingeladen worden, um sie mit den wichtigsten Informationen zu

versorgen und miteinander ins Gespräch zu bringen. Eigentümer von Potentialflächen, Planer, Bauende, Betreiber und Geldgeber kamen in intensiven Kontakt und Austausch, der vorher trotz der überschaubaren Größe des Marktes nicht überall vorhanden war. Diesen fruchtbaren Austausch wird die Stadt Bochum mit weiteren Investorenkonferenzen, auch zu anderen Segmenten des Wohnungsmarktes, und weiteren Austauschformaten intensivieren und verfestigen.

Zweiter Baustein: In der Verwaltung werden Wohnraumförderung, Stadtplanung und Stadterneuerung sowie planungsrechtliche Beratung zusammengefasst, damit Investoren über nur einen Ansprechpartner umfassend, zügig und kompetent informiert und begleitet werden.

Dritter Baustein: Potentialflächen für den Wohnungsbau werden zügig identifiziert und über passgenau ausgewählte Wettbewerbsverfahren aktiv am Markt angeboten.

Gleichzeitig zu dem Sofortprogramm wird über das „Handlungskonzept Wohnen“ die Grundlage für die intensivierte, nachhaltige und langfristige Entwicklung von Wohnflächen gesichert.

Das Thema Wohnen muss in seiner gesamten Bandbreite befördert werden. Wir signalisieren: Wir wollen bauen!“

Wohnungsbau für alle!

Von **Dipl.-Ing. Ernst Uhing**, Präsident der Architektenkammer NRW

Unser Land steht durch die anhaltende Zuwanderung von Flüchtlingen vor außergewöhnlichen Herausforderungen – das gilt zweifellos mit besonderer Dringlichkeit für die Bau- und Wohnungspolitik sowie den Städtebau. Allein in NRW werden nach aktuellen Schätzungen in den kommenden Jahren rund 200.000 Wohnungen benötigt – im Jahr! Geht man davon aus, dass rund 80.000 aus dem Bestand gewonnen werden können, müssen wir jährlich 120.000 Wohneinheiten neu bauen. An-

endlich investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau geschaffen und ausreichend Bauflächen zur Verfügung gestellt werden.

In dieser Situation kommt dem öffentlich geförderten Wohnungsbau eine Schlüsselrolle zu. Die Wohnraumförderung muss noch weiter befeuert werden. Doch Vorsicht – Sorgfalt muss vor Schnelligkeit gehen! Wir dürfen bewährte Kriterien des Wohnungsbaus angesichts der quantitativen und qualitativen Herausforderungen nicht aufgeben. Die jetzt schnell zu realisierenden Wohneinheiten dürfen weder zielgruppenspezifisch allein für Flüchtlinge noch als Billiglösungen umgesetzt werden. Es muss sichergestellt sein, dass der Wohnungsneubau qualitativ und zukunftsfähig erfolgt und primär dort entsteht, wo bereits ein passendes infrastrukturelles Gerüst vorhanden ist – im Dreiklang Verkehr, Bildung, Arbeit.

Die Wohnungen sollten deshalb vor allem durch Nachverdichtungen in den Innenstädten realisiert werden. Das bewährte Ziel der sozialen Durchmischung muss gewahrt bleiben. So verhindern wir die Entstehung von Brennpunkten und vermeiden eine soziale Segregation.

Städte und Gemeinden sind aufgefordert, über ihre kommunalen Wohnungsbaugesellschaften geeignete Neubaumaßnahmen umzusetzen. Dass dazu auch städtebauliche Wettbewer-



be und Architektenwettbewerbe ein sinnvolles und bewährtes Instrument sind, zeigen erfolgreiche Beispiele, die wir unlängst gemeinsam mit unserem NRW-Bauministerium in der „Auszeichnung vorbildlicher Bauten in NRW 2015“ öffentlich gewürdigt haben – etwa das „Quartier der Generationen“ an der Märkischen Straße in Essen (Nattler GmbH, Essen), das Carlsbergquartier in Köln (Molestina Architekten, Köln) oder die neue Siedlung „Urbanes Wohnen mit der Sonne“ in Münster (3pass Architekt/innen Koob Kusch, Köln). Hier entstanden jeweils in innerstädtischem Kontext verdichtete Wohngebäude, die öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungsbau mischen und die dadurch und durch ihre baulichen Strukturen heterogene, lebendige Nachbarschaften ermöglichen.

Der Bau von Wohnhäusern und Siedlungen ist gegenwärtig eine dringende Notwendigkeit. Es ist aber auch die große Chance dieser speziellen Situation, wieder aktiv Städtebau und langfristige Stadtentwicklung zu betreiben. Die Architektenkammer NRW steht den kommunalen Entscheidern gerne mit Rat und Tat zur Verfügung!

Einen weiterführenden Artikel zu diesem Thema ist unter diesem Link zu finden.



© Tim Reckmann | PIXELIO.de

gesichts dieser Zahlen benötigt unser Land dringender denn je einen aktiven und kontinuierlichen Wohnungsneubau – und zwar in allen Preissegmenten.

Wohnungsbau muss endlich zur Chefsache werden! Notwendig ist ein koordiniertes Vorgehen aller Akteure auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Es müssen

Landtagstalk

Sozialdemokratische Wohnungspolitik in NRW - Zwischenbilanz und Perspektiven

Montag, 04.04.2016

17:00 – 19:00 Uhr

Landtag NRW, SPD-Fraktionssaal (E3 D01)
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

NRW
DIE FRAKTION

SPD

Gemeinsam mit Wohnungs- und Bauminister Michael Groschek möchte die Landtagfraktion die Arbeit für eine sozial orientierte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik in NRW der letzten vier Jahre vorstellen und über die veränderten Herausforderungen und Perspektiven diskutieren. Denn bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum mit einem lebenswerten Wohnumfeld für möglichst alle Menschen ist und bleibt eine der sozialdemokratischen Kernmarken der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Zu diesem Landtagstalk lädt die SPD-Fraktion herzlich ein.

Anmeldung über www.spd-fraktion-nrw.de

IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:

Sozialdemokratische
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW e.V.
(SGK NRW)

Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

Mail:
info@diekommunale.de,

Internet:
www.diekommunale.de

Verantwortlich

(auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW,
Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

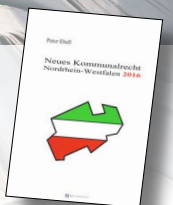
SGK-Buchtipps

NEUES KOMMUNALRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN 2016 Peter Ebell

Ein aktueller Leitfaden mit Auszügen aus den einschlägigen Rechtsnormen unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen im kommunalen Verfassungsrecht (Stand Februar 2016). Das Buch enthält eine umfassende Darstellung des Kommunalrechts NRW, und zwar unter Einbeziehung der zuletzt von der rot-grünen Regierungskoalition vorgenommenen Änderungen. Dargestellt ist auch die beabsichtigte 2,5 Prozent-Klausel, die voraussichtlich Mitte 2016 Gesetz werden wird. Der Leitfaden ist insbesondere für Auszubildende, aber auch für kommunalpolitisch besonders Interessierte gedacht. Die einzelnen Kapitel des Buches befassen sich mit einer knappen Darstel-

lung der geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart, auf die ausführlich eingegangen wird. Der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Einbindung in die Entwicklung Europas sowie Aufgaben und Rechte der kommunalen Organe sind ebenfalls Gegenstand der Betrachtungen. Kommunale Zusammenarbeit wird als wichtige Gemeinschaftsaufgabe beschrieben. Praktische Übungsfälle runden das Werk ab. Der Verfasser ist langjährig als Stadtdirektor und dann als hauptamtlicher Bürgermeister Verwaltungschef einer Stadt mit rund 40.000 Einwohnern gewesen.

Weitere Hinweise unter:
www.peter-ebell.de.



© Gino Sanders - Fotolia

Arbeit in Aufsichts- und Verwaltungsräten

Die Arbeit in Aufsichts- und Verwaltungsräten gehört zu den verantwortungsvollsten Aufgaben der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Ihre Tätigkeit bewegt sich innerhalb eines komplexen Rechtssystems zwischen Bundes- und Landesrecht. Erfolgreiche Arbeit in diesen Drittgremien ist ohne umfassende Rechtskenntnisse nicht möglich.

Mit dem 36. Band der SGK-Schriftenreihe wird den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern in privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Gesellschaften eine Orientierung über ihre Rechte und Pflichten gegeben.

ISBN: 978-3-937541-29-7

Buchhandelspreis: 10,00 EUR

Mitgliedersonderpreis: 7,00 EUR

Fraktionssonderpreis ab 10 Stück: 6,00 EUR
Zzgl. Versandkosten

Jetzt bestellbar
über
www.sgk-nrw.de



© okalinichenko - Fotolia

Zukunftsprogramm für Dortmund

Trendwende: Dortmund wächst – SPD-Fraktion fordert Zukunftsprogramm für die Stadt

Von **Norbert Schilff**, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat gerade die Großstädte sehr stark getroffen. Über Jahre sind Städte wie Dortmund, Essen und Oberhausen ungesund geschrumpft und eine Umkehr dieses Trends war trotz gutem und nachhaltigem Stadtbau nicht in Sicht. Nun zeigt sich in Dortmund, dass, gerade durch den intensiven Einsatz der Kommunalpolitik, dieser Trend mit dem richtigen Zukunftsprogramm aufgehalten und auch gedreht werden kann.

Die Umkehr dieses Schrumpfungsprozesses in Dortmund ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass konsequente und zielgerichtete Entscheidungen getroffen worden sind. Schon bald könnte es gelingen, dass Dortmund wieder mehr als 600.000 Einwohner aufweisen kann und auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weiter gesteigert wird. Umso wichtiger ist es, schon heute die entsprechenden Vorbereitungen für einen nachhaltigen Stadtbau



bau zu treffen und die richtigen strukturellen Entscheidungen herbeizuführen.

Unter anderem muss beispielsweise der Zuwachs bei den Studierenden von etwa 1.500 Menschen pro Jahr in einem sinnvollen Konzept und bezahlbarem Wohnraum umgesetzt werden, damit hier die Attraktivität der Stadt und der Universität weiter ausgebaut werden können.

Ziel muss eine Verstetigung des Trends sein, auf den die Stadt ausreichend vorbereitet ist. Mit einem Antrag in der Ratssitzung im Februar wurden entsprechende Handlungsaufträge an die Verwaltung formuliert. Die steigende Bevölkerungszahl soll zu einem Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit und des Standortmarketings werden. Alle Fachbereiche der Verwaltung sind aufgefordert, ihre Leistungen und Angebote zu überprüfen, auf die nächsten Jahre auszurichten sowie ihre fachpolitischen Entwicklungspläne fortzuschreiben.

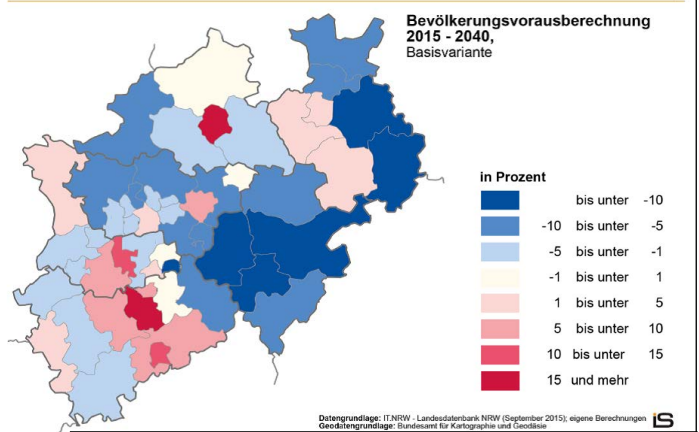
Durch diverse Masterpläne und Beobachtungssysteme, insbeson-

dere im Wohnungsbereich, Aktionspläne und Erkenntnisse aus durchgeführten Bürgerbeteiligungsprozessen z.B. aus dem „Nordwärtsprojekt“, verfügt die Stadtverwaltung über hervorragende Grundlagen, um den demografischen Entwicklungsprozess in Dortmund zu steuern.

Natürlich muss dieser Wachstumsprozess als eine gesamtstädtische Aufgabe gesehen werden. Ein zu erstellendes Zukunftskonzept könnte zuerst stadtteilorientiert in einzelnen Quartieren erprobt werden, um dann die Erfahrungen und Auswirkungen auf die gesamte Stadt zu übertragen. Auch ein Modellversuch im Rahmen einer fachlich/wissenschaftlichen Kooperation mit Hochschulen oder Forschungsinstituten wäre zu begrüßen.

Klar formuliert wird ebenfalls die Forderung, dass Bund und Land ihrer Verantwortung bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung gerecht werden und die Kommunen angemessen in diesem Wachstumsprozess unterstützen. Dazu sind viele Programme und Projekte bereits

Bevölkerungsvorausberechnung



Bevölkerungsvorausberechnung bis 2040: Dortmund gehört neben Münster, Essen und rheinischen Großstädten zu den wachsenden Großstädten in NRW. Andere Großstädte und Kreise im Ruhrgebiet schrumpfen weiter.

auf einem guten Weg, aber es ist noch viel zu tun.

Auch innerhalb der Fraktion wurde lange diskutiert, ob ein „Masterplan Demografie“ oder die Einrichtung der Funktion eines „Demografiebeauftragten“ in der Verwaltung zielführend sind. Doch das Ergebnis dieser Diskussion ist klar: Diese Instrumente haben in anderen Städten keine wesentlichen Ergebnisse gebracht. Deshalb muss das kurzfristige Ziel

sein, dem Rat der Stadt ein dezernatsübergreifendes Zukunftsprogramm für die Stadt vorzulegen, das dem Wachstumstrend in Dortmund flexibel Rechnung trägt.

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion ist im SGK-Intranet zu finden.

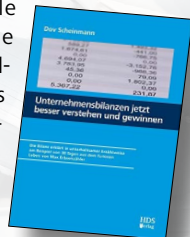


SGK-Buchtipps

UNTERNEHMENSBLANZEN JETZT BESSER VERSTEHEN UND GEWINNEN

Von Dov Scheinmann
HDS Verlag, Weil im Schönbusch,
1. Auflage 2015, ISBN 978-3-95554-080-7,
152 Seiten, 29,90 Euro

Unternehmensbilanzen, Skandale über deren Manipulationen, sowie Begriffe wie Abschreibung Rückstellung, Brutto, Netto usw. sind aus den Finanz- und Wirtschaftsnachrichten nicht mehr wegzudenken. Dieses vermeintlich trockene Thema wird – im Gegensatz zum typischen Lehrbuch – in unterhaltsamer und unkonventioneller Erzählweise am Beispiel im privaten Alltag der Hauptfigur „Max Erbsenzähler“ vermittelt. Im ersten Teil wird seine Geschichte in der persönlichen Bilanz fortlaufend widerspiegelt und alles wird plötzlich im Zusammenhang aus der „privaten“ Perspektive verständlich und Schritt für Schritt nachvollziehbar. Im zweiten Teil wird zum Vergleich zu Besonderheiten bei Unternehmen Stellung genommen – mit der Auswirkung auf die Börse und das Finanzamt – begleitet mit Tipps zur Vermeidung von wirtschaftlichen und persönlichen Risiken.



DIE KÜNFTIGEN HERAUSFORDERUNGEN DES BÜRGERMEISTERAMTS

Von Constantin Braun
Kommunal- und Schulverlag,
1. Auflage 2015, ISBN 987-3-8293-1213-4,
132 Seiten, kartoniert, 19,80 Euro

Welche Herausforderungen stehen den Ober-/Bürgermeister/-innen einer Stadt oder Gemeinde bevor? Welche Inhalte dominieren den Bürgermeisteralltag in Zukunft? Diese Fragen treiben neben den Amtsträgern auch potentielle Bewerberinnen und Bewerber um. „Veränderungen begünstigen nur den, der darauf vorbereitet ist.“ Deshalb hat es sich der Autor zur Aufgabe gemacht, die künftigen Herausforderungen des Bürgermeisteramts im Rahmen einer Masterthesis wissenschaftlich zu untersuchen. Kernstück der Arbeit war die Befragung und somit Prognose aller baden-württembergischen Ober-/Bürgermeister/-innen, an welcher sich mit 416 Teilnehmer/innen rund 37,8 Prozent der Amtsinhaber/innen beteiligten.

Herausgekommen ist dabei ein Buch, das sich einerseits sehr intensiv mit den inhaltlichen aber andererseits auch mit den persönlichen Herausforderungen des Bürgermeisteramtes beschäftigt.



GUTE VERWALTUNG DURCH BESSERES VERSTEHEN - CHANCEN UND GRENZEN EINER BÜRGERFREUNDLICHEN BEHÖRDENSPRACHE

Tagungsband
Von Kurt Herzberg (Hrsg.)
Kommunal- und Schulverlag, 1. Auflage
2015, ISBN 978-3-8293-1208-0,
98 Seiten, kartoniert, 29,80 Euro

„Gute Verwaltung durch besseres Verstehen“ lautete der Titel einer Fachtagung des Thüringer Bürgerbeauftragten im Juni 2015 im Thüringer Landtag. Experten und Verantwortliche aus Thüringer Behörden und Einrichtungen diskutierten über die Chancen und Grenzen einer bürgerfreundlichen Behördensprache. Die Teilnehmenden diskutierten die Möglichkeiten, verständlichere Sprache in Behördenschreiben und bei der Erstellung von Formularen und Anträgen einzusetzen, ohne dass dabei die Rechtssicherheit verloren gehen muss. Die verständliche Behördensprache ist keine Spielerei, sondern berührt den Kern des Bürger-Staat-Verhältnisses in einem demokratischen Rechtsstaat. Dieses Werk soll Verantwortlichen und Mitarbeitern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landesbehörden theoretische und praktische Impulse für Motivation und Umsetzung auf dem Weg zu einer bürgerfreundlichen Behördensprache geben.



SGK-Intern

SGK-Projektgruppe Digitales Leben Mehrwert schaffen mit Open Data

Bereits erste greifbare Ergebnisse hat die Projektgruppe „Digitales Leben“ der SGK NRW vorgelegt. Einen Nachmittag lang beschäftigten sich die sozialdemokratischen Expertinnen und Experten mit der Frage, wie „Open Data“ die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung in den Kommunen positiv beeinflusst. Herausgekommen ist ein Musterantrag, der das Thema jetzt in den Städten und Gemeinden verankern soll.

Überzeugt von der positiven Wirkung von Daten, die Entwicklern kostenlos zur Verfügung gestellt werden, ist Claus Arndt von der Stadt Moers. Dort werden prinzipiell alle Daten, so sie denn nicht ausdrücklich einer Geheimhaltung unterliegen, öffentlich gemacht. Davon ausgenommen sind regelmäßig personenbezogene Daten oder solche, die aus Wettbewerbsgründen nicht öffentlich sind. Mit nicht mal einem Dutzend Daten gestartet, präsentiert openedaten.moers.de mittlerweile mehrere hundert csv-, xml- und andere maschinenlesbare Dateien. Dritte programmieren daraus Anwendungen, die der Kommune und ihren Bürgern zugute kommen.

Gern gezeigtes Beispiel ist das Programm, das der Berliner Thomas Tursics mithilfe der Echtzeitdaten aus dem Wartezeitprogramm des Moerser Bürgerbüros geschrieben hat. Unter wartezeit.tursics.de findet man nicht nur das nächste Ticket, das aufgerufen wird, sondern vor allem eine Übersicht, an welchen Tagen und zu welchen Stunden besonders viel los ist im Bürgerbüro. Ein echter Mehrwert sowohl für den Bürger als auch für die Kommune, deren Service nun besser ausgelastet ist. Kosten für die Entwicklung des Programms? Null. „Ich bin Datenenthusiast und spiele gerne mit Daten“, erklärt Tursics seine Motivation.



Sein Programmierer-Kollege Ernesto Ruge ist ähnlich selbstlos unterwegs. So hat er das Angebot politik-bei-uns.de ersonnen, das Kommunalpolitik mit all ihren trockenen Sitzungsvorlagen für Bürger verständlicher macht, indem es die Drucksachen auf Straßen und Stadtteile bezieht. Die Stichwortsuche hilft darüber hinaus, in den Sitzungsunterlagen benachbarter Städte Themen wiederzufinden, die hier schon einmal erfolgreich abgehandelt wurden oder Probleme, für die schon eine Lösung gefunden wurde, wieder zu finden. Dieses System ließe sich unbegrenzt auf weitere Kommunen erweitern, so sie denn bei ih-

ren Open-Data-Aktivitäten auf die allgemein anerkannten Standards und Schnittstellen achten.

Diese werden unter anderem von der „Open Knowledge Foundation“ definiert. Deren Vertreterin Johanna zum Felde würde sich freuen, wenn sich künftig möglichst viele Kommunen an Open Data beteiligten. Dies ist keine Kostenfrage, denn die Daten werden ohnehin erhoben. Das Online-Stellen sei nicht aufwändiger als das Versenden einer Pressemitteilung.

Die Empfehlung der vier Experten lautet deshalb: Klein anfan-



gen statt noch länger warten und dann beobachten, was die Spezialisten aus den Daten basteln. Das Ausloben eines Preises oder die Veranstaltung eines regelmäßigen „Hack-Days“ können zusätzliche Anreize schaffen. Bei der Umsetzung hilft eine detaillierte Handreichung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Der erarbeitete SGK-Musterantrag und die DStGB-Handreichung können im SGK-Intranet heruntergeladen werden.



Weitere Informationen:

OParl
www.oparl.org
OKFN
www.okfn.de
OpenRuhr
www.openruhr.de
Politik bei uns
www.politik-bei-uns.de

GEZIELTER WERBEMITTELEINSATZ

MOBILE WAHLTAFELN

245,- € netto 18/1 hochkant SPD Cuxhaven
210,- € netto 9/1 hochkant SPD Osterholz
225,- € netto 18/1 quer SPD Leverkusen

„Wir kümmern uns persönlich um jede Fläche, die da draußen ist!“

Kurt Treger,
Gründer & Geschäftsführer

Im Preis enthalten:

- Standzeit für 6 Wochen
- Auf- und Abbau, Grundklebung
- Reparaturen von Beschädigungen in max. 24 h **KOSTENFREI!**
- Standortoptimierung durch Geocodierung
- Fotodokumentation für den ordnungsbehördlichen Antrag

Optional:

- Kosten für Umklebung: 20,- € netto

KONTAKT:



TREGER WAHLWERBUNG • Waldstraße 7 • 19322 Lindenberg
Telefon: 03877-56 28 12 • Mobil: 0175-72 888 39
info@treger-wahlwerbung.de